

Solidarität mit OB Roters - Linksextremismus konsequent bekämpfen!

Die Lage rund um die besetzte ehemalige KHD-Werkskantine in Kalk eskaliert weiter: Nach Angriffen und Drohungen gegen die Sparkasse, geraten jetzt auch der Oberbürgermeister und führende Kölner SPD-Politiker ins Visier linker Antidemokraten und Hausbesetzer. Militante Linksextremisten haben die Wohnungstür von Oberbürgermeister Roters beschädigt und Parolen und Schmähpakate an seinem Wohnort hinterlassen. Gleiches gilt für andere führende Sozialdemokraten, wie etwa den "König der Kölner Aufsichtstraße", den SPD-Landtags-Abgeordneten Martin Börschel. Auch diverse Privatadressen wurden mit der Aufforderung zur "farblichen Umgestaltung" der Häuser in einem linksextremen Internetforum veröffentlicht.

Die Bürgerbewegung PRO KÖLN ergreift in dieser Situation selbstverständlich Partei für die bedrohten Ratskollegen der SPD, die nach zwei PRO-KÖLN-Demos gegen das linksautonome Zentrum in dieser Frage auf den Kurs von PRO KÖLN eingeschwenkt sind. Die Fraktion PRO KÖLN hat deshalb für die nächste Stadtratssitzung am 18. Juli folgenden Antrag eingebracht:

Solidarität mit OB Roters – Linksextremismus konsequent bekämpfen!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat erklärt sich angesichts linksextremer Einschüchterungsversuche und sogar Attacken auf das private Wohnumfeld des Oberbürgermeisters zu 100 % solidarisch mit OB Roters. Der Rat verurteilt darüber hinaus in aller Schärfe das aggressive Gebaren der linksextremen Hausbesetzerszene und ihrer Unterstützer in Köln-Kalk. Der Rat bittet auch Polizei und Ordnungsbehörden, für einen effektiven Schutz aller Ratsmitglieder und Repräsentanten der Stadt vor militanten Linksextremisten zu sorgen und eine schnellstmögliche Räumung der illegal besetzten ehemaligen KHD-Werkskantine in der Wiersbergstraße durchzuführen.

Begründung:

Die Situation in Köln-Kalk rund um das linksautonome Zentrum in der Wiersbergstraße spitzt sich ständig weiter zu. Haben früher Linksextremisten aus dieser Szene hauptsächlich Mitglieder unserer Fraktion PRO KÖLN bedroht oder sogar körperlich angegriffen, wie z.B. vor einer der letzten Ratssitzungen, so wenden sich diese militanten Antidemokraten jetzt auch zunehmend gegen etablierte Kommunalpolitiker, wenn sie ihren Willen nicht bekommen.

Schadenfreude im Sinne eines „die Geister, die sie riefen ...“ wäre jetzt jedoch völlig fehl am Platze. Wenn Gefahr für Demokratie und Stadtgesellschaft als Ganzes droht, gilt es die Reihen der Demokraten zu schließen gegen Extremisten jeglicher Ausprägung. Auch wenn die Fraktion PRO KÖLN sonst politisch wenig gemeinsam hat mit der SPD oder OB Roters, so gilt dem Stadtoberhaupt in dieser Situation deshalb unsere volle Solidarität. Gerade weil unsere Ratsmitglieder aus eigener Erfahrung nachvollziehen können, wie es ist, bedroht oder sogar im privaten Umfeld angegriffen zu werden. Selbst Morddrohungen und versuchte Mordanschläge von Islamisten gegen PRO-KÖLN-Funktionäre sind bekanntlich schon vorgekommen.

Die Fraktion PRO KÖLN wird deshalb immer ganz vorne dabei sein, wenn es darum geht, Gewalt, Erpressungen oder Drohungen als Mittel der Politik zu verurteilen. Jeder, der solche Mittel anwendet oder auch nur augenzwinkernd toleriert, muss wissen, dass er sich damit außerhalb des demokratischen Grundkonsens stellt und von Polizei, Justiz und Gesellschaft zur Rechenschaft gezogen wird. Dies muss auch in aller Deutlichkeit und Öffentlichkeit so kommuniziert werden. Denn das ist die einzig richtige und vernünftige Antwort auf Gewalt, Drohungen oder Erpressungen – und nicht das Bitten um Einstellung der militanten Aktionen mit der Aussicht auf dann folgende Zugeständnisse, sozusagen als „Belohnung“ für das voraus gegangene militante Auftreten.

Denn Erpressung und politischer Terror dürfen niemals belohnt werden! Wenigstens diese Erkenntnis sollte man doch aus den Entstehungsjahren der linksterroristischen RAF in den 70er Jahren gezogen haben, die bekanntlich auch aus einer zunehmend militanter werdenden linksautonomen Szene entstanden ist.

Gez. Markus Wiener

Weitere Informationen unter: www.pro-koeln.org